

EU-Kenner prophezeien Auseinanderbrechen der Union

Kurz vor der Europawahl: Andreas Wehr referiert beim Linken Forum und skizziert ein düsteres Szenario

■ **Paderborn.** Auf Einladung des Linken Forums beleuchtete der Berliner Jurist und ehemalige Politiker der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne, Andreas Wehr, kurz vor den Europawahlen die wichtigsten Krisenerscheinungen der Europäischen Union. Für Wehr sei das Auseinanderbrechen der EU durch die anhaltende Politik nur noch eine Frage der Zeit. Eine Zukunft für ein anderes, soziales Europa könne es nur noch jenseits der EU, die nicht einmal die Hälfte Europas ausmache, geben.

Als fundamentale Bedrohungen der EU nannte Wehr die weiter schwelende Eurokrise, den Austritt Großbritanniens, der zweitgrößten Volkswirtschaft, und die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, schreibt das Linke Forum in einer Presseinformation.

Seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wirke der Euro wie ein Beschleuniger für neue Turbulenzen, so Wehr. Die seit 2007 installierte Rettungsarchitektur aus Euro-Rettungsschirm, Schuldenbremsen, Staatsanleihekäufen und Nullzinspolitik durch die Europäische Zentralbank habe spürbare Folgen etwa in

Form immer weiter steigender Mieten und Lebenshaltungskosten hierzulande. „Billiges Geld strömt auf den Immobilienmarkt, die Preise für Häuser und Wohnungen explodieren und Sozialbauwohnungen werden in rentable Eigentumswohnungen umgewandelt“, benannte Wehr einige Wirkungen der „Retzungspolitik“. Der Druck auf Sparvermögen, Renten und Versicherungen bezeichne einen Vorgang des „Weiterreichens der Eurokrise nach unten“. Die Verluste der Krise würden schrittweise sozialisiert. In den so entstandenen

sozialen Verwerfungen sieht ein Wehr einen entscheidenden Grund für das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte wie der AfD.

Zum Brexit: Ökonomisch sei Großbritannien ein Gewicht wie dasjenige der 20 schwächsten Mitgliedsstaaten zuzuschreiben. Daneben habe der Inselstaat einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat und verfüge über eine der stärksten Armeen der EU. „Mit dem Brexit haben sich alle Fantasien, eine europäische Armee zu schaffen, erledigt – was jedoch komplett ignoriert wird“, bemerkte Wehr. Die

wahren Ursachen des Brexit-Votums lägen, so Wehr, in den Folgen der EU-Binnenmarktliberalisierung: „Großbritannien hat seit 2004 die Grenzöffnung durch die sogenannte ‚Arbeitnehmerfreizügigkeit‘ ohne jede Übergangsbestimmung am weitgehendsten betrieben, was zu Masseneinwanderungen von Arbeitssuchenden aus den ost- und mitteleuropäischen Ländern führte“. Allein 3,4 Millionen Polen seien nach Großbritannien gegangen.

Im Ergebnis sei es in den Folgejahren zu extremen Verwerfungen auf dem britischen

Arbeitsmarkt gekommen, ganze Belegschaften seien – in klassisch kapitalistischer Manier – gegeneinander ausgespielt und Industrien in „Billiglohnländer“ verlagert worden. Die „Brexit“-Entscheidung, so Wehr, sei vor allem zu betrachten als Denkkettel-Votum gegen diese von New Labour und den Konservativen betriebene Politik.

Beim Thema der Flüchtlings- und Migrationspolitik stellte Wehr die Motive hinter Merkmals „Willkommenskultur“ des Sommers 2015 infrage. „Die Angst vor dem endgültigen Scheitern des Dublin-Abkommens, nicht etwa humanitäre Erwägungen“, sei maßgeblich für die Entscheidung einer befristeten Grenzöffnung durch die Kanzlerin gewesen.

Das Dublin-Abkommen sei „untrennbar mit dem freien und ungehinderten Grenzverkehr innerhalb des EU-Binnenmarktes“ verbunden. Eine Regelung zur Verteilung von Flüchtlingen in den EU-Staaten habe indes nie existiert. Der Versuch, eine solche Vereinbarung zu Lasten insbesondere der mittel- und osteuropäischen Staaten, durchzusetzen, habe zu einer beispiellosen Entfremdung dieser Länder von der EU beigetragen.



Analysiert die EU-Politik: Andreas Wehr (v. l.) mit Jürgen Gläser und Berthold Baxmann vom Linken Forum.

FOTO: LINKES FORUM